

# Gedenkstätten zur Erinnerung an das NS-Unrecht und die SED-Diktatur

## *Stellungnahme zum Entwurf des Rahmenkonzepts Erinnerungskultur*

Die unterzeichnenden Zusammenschlüsse, Netzwerke und Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen und an die SED-Diktatur begrüßen die von den Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vereinbarte Überarbeitung der „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ von 2008. Zentrale Aufgabe der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit bleibt in ihren Augen die Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit dem negativen kulturellen Erbe der deutschen Geschichte. Die historischen Orte der staatlichen Massenverbrechen sollten weiterhin im Zentrum einer Geschichtskultur stehen, für die der Bund eine gesamtstaatliche Verantwortung übernimmt.

Die Unterzeichnenden sind sich einig darin, dass neben die beiden bestehenden Säulen zur Förderung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur NS-Terrorherrschaft und zur kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR als dritte Säule die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Kolonialismus in ein erneuertes Konzept aufgenommen werden sollte. All diese staatlich organisierten Verbrechen lassen sich aus der Geschichte heraus als zentrale Felder einer Erinnerungskultur beschreiben, die ein kritisches, reflexionsorientiertes Geschichtsbewusstsein befördern. Dazu müssen auch die inhaltlichen Bezüge zwischen den drei Säulen herausgearbeitet werden. Die im Konzept als weitere Säulen eingeführten Themen Migrationsgesellschaft und Demokratiegeschichte sind mit den benannten Themen zwar verwoben und finden in der Arbeit von Gedenkstätten deshalb auch ihren Niederschlag. Allerdings gehören sie nicht dem Themenfeld staatlich verübter Massenverbrechen an und verwässern damit den klar definierten Bereich, für den die Bundesrepublik eine ganz besondere Verantwortung hat.

Dies vorweggeschickt, sind sich die Unterzeichnenden einig, dass das Rahmenkonzept Erinnerungskultur den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird:

- Im Vergleich zu den früheren Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes ist der aktuelle Entwurf keine Konzeption, kein Programm, sondern reiht vielfach nicht hinterlegte Wünsche aneinander, bei denen alles mitgedacht werden soll. Es fehlen klare Leitlinien, es gibt Mängel im Aufbau, Unbestimmtheiten in der Zielsetzung, ja sogar einen gewissen Charakter des bloß Appellativen. Die im Entwurf skizzierten Themen wirken beliebig – Auswahl und Zusammenhang zwischen den fünf Säulen/Bereichen werden nicht hinreichend begründet.
- Der Entwurf leitet einen geschichtspolitischen Paradigmenwechsel ein, der zu einer fundamentalen Schwächung der Erinnerungskultur führen würde. Er verabschiedet sich von dem langjährigen Konsens, dass die nationalsozialistischen Verbrechen nicht relativiert und das SED-Unrecht nicht bagatellisiert werden dürfen. Der zentrale Stellenwert der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen für das staatliche Selbstverständnis der Bundesrepublik wird in den inhaltlichen Ausführungen nicht deutlich, vielmehr erscheint die wiederholte Erwähnung der „Menschheitsverbrechen der Shoah“ wie ein pflichtschuldiges Mantra. Das Papier kann als geschichts-revisionistisch im Sinne der Verharmlosung der NS-Verbrechen verstanden werden. Die DDR wird weitgehend auf die deutsche Teilungsgeschichte reduziert. Die geringe Bedeutung, die man dem Unrecht in der SBZ und der DDR zumisst, spiegelt sich auch in den vergleichsweise knappen Ausführungen hierzu, die zudem Zweifel an einer reflektierten Haltung zu den DDR-Staatsverbrechen aufkommen lassen.
- Das Papier enthält keine auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen beruhende Analyse von erinnerungskulturellen Herausforderungen und Bedarfen. Stattdessen ist die Argumentation überwiegend normativ. Es hinterlässt den Eindruck einer geschichtspolitischen Agenda, die keine Verankerung in der Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik hat. Darüber hinaus stellt es einen Rückfall in eine bloße Opfergeschichte dar.

- Die Relevanz und vielschichtige Arbeit der bestehenden Gedenkstätten in der dezentralen Gedenkstättenlandschaft werden völlig unzureichend konturiert. Die grundlegende Relevanz der historisch-politischen Bildung an den historischen Orten, die zumeist auch Tatorte waren, bleibt weitgehend unberücksichtigt. Sie ist aber für die Gedenkstättenarbeit gerade angesichts des Abschieds von der Zeitzeugenschaft und der Zunahme geschichtsrevisionistischer Positionen im digitalen Raum zentral.
- Es findet sich im Gegensatz zum alten Gedenkstättenkonzept kein Hinweis auf das Gebot zur Unabhängigkeit der Gedenkstätten, die nicht politisch vereinnahmt werden dürfen.

Die Unterzeichnenden vermissen folgende Punkte, die sie für eine zeitgemäße Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption für wichtig halten:

- Aktuelle und künftige Aufgabenfelder der dezentralen Gedenk- und Erinnerungslandschaft sowie zentrale Herausforderungen werden nicht benannt. Dabei erfordert die mediale Transformation der Wissensgesellschaft neue digitale Vermittlungskonzepte. Das Ende der Zeitzeugenschaft bedarf aktualisierter Methoden und Formate der Wissensvermittlung. Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Nationalismus und Autoritarismus erfordern strukturelle und politische Maßnahmen zum Schutz der Gedenkstätten vor Leugnung der Verbrechen und politischer Instrumentalisierung. Die aktuellen antidemokratischen Entwicklungen in Deutschland und Europa erfordern eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Ursachen von (Mit)täterschaft und Funktionsweisen der Gesellschaft unter totalitären Herrschaftsformen. Die Diversität der (Migrations- und Einwanderungs-)Gesellschaft erfordert aktualisierte Bildungsangebote ebenso wie vermehrt Qualifizierungs- und Weiterbildungsformate. Der gesellschaftliche Umgang mit den Verbrechen inklusive des Umgangs mit und der Nachnutzung der historischen Orte bilden relevante Teile der Vermittlung über das NS- und das DDR-Unrecht.
- Eine zeitgemäße Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption müsste Kriterien benennen, die einen Rahmen für zukünftige Fördermaßnahmen schaffen. Hierzu gehören auch Antworten auf folgende Fragen: Wie kann die auskömmliche Finanzierung der aktuellen vielfältigen Gedenkstättenlandschaft in institutioneller Förderung und Projektförderung gewährleistet werden, trotz des erweiterten Aufgabengebiets um den Kolonialismus und der Realisierung bereits geplanter erinnerungspolitischer Großprojekte? Wie kann eine Fördermöglichkeit für anwendungsbezogene Forschung realisiert werden, die als wesentliche Grundlage jeder Gedenkstättenarbeit gerade in Zeiten des zunehmenden historischen Abstands zum Geschehen und einer veränderten Wissenslandschaft eine wissensbasierte Vermittlung gewährleistet? Wie können die erheblichen Bau- und Sanierungsbedarfe der bestehenden historischen Orte als kulturelles Erbe sichergestellt werden? Wie kann die museale Funktion von Gedenkstätten insbesondere durch die Sicherung und Digitalisierung ihrer Sammlungen gesichert werden?

Die Unterzeichnenden sind der Meinung, dass die mit dem Rahmenkonzept Erinnerungskultur zusammenhängenden Herausforderungen und die Mängel so gravierend sind, dass der vorliegende Entwurf nicht weiterverfolgt werden sollte. Stattdessen plädieren sie dafür, in ein Gespräch einzutreten, mit dem Ziel, eine zukunftsorientierte Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes unter Beteiligung von Fachleuten in einem transparenten und breit getragenen Prozess auf den Weg zu bringen.

In Vertretung der Mitunterzeichnenden, 3.4.2024



Prof. Dr. Oliver von Wrochem



Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller

## Unterzeichnende

- **Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland**  
Prof. Dr. Oliver von Wrochem (Sprecher), Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte /KZ-Gedenkstätte Neuengamme;  
Stiftung Bayrische Gedenkstätten: Dr. Gabriele Hammermann, KZ-Gedenkstätte Dachau und Prof. Dr. Jörg Skriebeleit, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg;  
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten: Dr. Andrea Genest/KZ-Gedenkstätte Ravensbrück und Prof. Dr. Axel Drecolll/Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen  
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora: Prof. Dr. Jens-Christian Wagner/KZ-Gedenkstätte Buchenwald und Dr. Andreas Froese, KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora;  
Dr. Elke Gryglewski, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/KZ-Gedenkstätte/Bergen-Belsen
- **Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR**  
(vertritt rund 40 Einrichtungen an historischen Orten der SED-Diktatur)  
- als Koordinierungsausschuss:  
Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Stiftung Ettersberg (Sprecher);  
Dr. Bettina Effner, Stiftung Berliner Mauer/ Erinnerungstätte Notaufnahmelager Marienfelde;  
Dr. Helge Heidemeyer, Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen;  
Silke Klewin, Gedenkstätte Bautzen
- **Ständige Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum**  
Dr. Andrea Riedle, Stiftung Topographie des Terrors (Sprecherin);  
Prof. Dr. Axel Drecolll, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen;  
Deborah Hartmann, Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz;  
Uwe Neumärker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas;  
Prof. Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- **Verband der Gedenkstätten in Deutschland e.V. – Forum (VGDF)**  
(vertritt ca. 300 in Landesarbeitsgemeinschaften organisierte 300 Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein).  
- als Vorstand:  
Dr. Rainer Stommer, Lern- und Gedenkort Alt Rehse (Vorsitz);  
Andreas Ehresmann, Stiftung Lager Sandbostel;  
Jonas Kühne, Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft;  
Kirsten John-Stucke, Kreismuseum Wewelsburg  
Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
- **Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur**  
Burkhard Bley, Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur ;  
Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur;  
Frank Ebert, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur;  
Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur;  
Dr. Peter Wurschi, Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Dr. Anna Kaminsky, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- Dr. Kai Langer, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
- Dr. Markus Pieper, Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
- Marlies Fritzen, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
- **Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager (AGGOK)**,  
(vertritt 19 Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen)
- **Netzwerk der Erinnerungsorte zur NS-Zwangsarbeit in Deutschland**  
(vertritt 15 Gedenkstätten und Erinnerungsorte)  
- als Sprecher:innen: Dr. Christine Glauning, Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit;  
Dr. Michael Gander, Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht
- **Netzwerk der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen an Orten ehemaliger NS-Kriegsgefangenenlager**  
(vertritt 13 Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen)  
- als kommissarische Sprecher:innen: Dana Schlegelmilch, Gedenkinitiative Diez/Limburg;  
Jens Nagel, Gedenkstätte Ehrenhain-Zeithain